



## Stellungnahme

### zur Digital Finance, Retail Payment und Krypto-Assets Konsultation der EU-Kommission

Juni 2020

DATEV eG ist das Softwarehaus und der IT-Dienstleister für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren zumeist mittelständische Mandanten. Das Unternehmen zählt mit 8.000 Mitarbeitern zu den größten IT-Dienstleistern und Softwarehäusern in Deutschland und Europa.

Das Leistungsspektrum der DATEV reicht von mehr als 200 PC-Programmen über Cloud-Dienste wie Online-Anwendungen, Datenverarbeitung und -archivierung im Rechenzentrum bis hin zu Outsourcingleistungen sowie Sicherheitsdienstleistungen. Beratungsleistungen und Angebote zur Wissensvermittlung runden das Angebot ab.

Mit über 40.000 Mitgliedern unserer Genossenschaft erreichen wir über 2,5 Mio. KMU, deren Daten bei uns im Auftrag verarbeitet werden.

DATEV entwickelte sich konsequent zu einem international agierenden Dienstleister, der heute auch in weiteren EU-Staaten (Italien, Österreich, Tschechien, Polen, Slowakei, Ungarn und Spanien) unterstützt.

Die Stellungnahme der DATEV eG erfolgt ausschließlich aus dem Blickwinkel des Unternehmens als berufsständischer IT-Dienstleister, insofern wird sie unabhängig von Stellungnahmen berufsständischer Organisationen wie Kammern und Verbänden abgegeben.

EU-Transparenzregister-Nummer: 5027241291-41

Die EU-Kommission will mit der Digital Finance Strategie, der Retail Payment Strategie sowie mit legislativen Vorschlägen zu Krypto-Assets den Rahmen für die Digitalisierung des Finanzsektors und die Stoßrichtung für die Zukunft des Zahlungsverkehrs für die nächsten Jahre abstecken sowie auf neue Entwicklungen im Krypto-Assets-Bereich reagieren.

Die DATEV eG begrüßt und unterstützt diese Vorhaben. Als **IT-Genossenschaft** der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte mit dem spezifischen Wissen über 2,5 Millionen kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland und der Erfahrung aus monatlich ca. 12 Millionen Lohnabrechnungen hat DATEV eine große **Expertise in der Digitalisierung betriebswirtschaftlicher Prozesse**. Mit unseren Softwarelösungen ermöglichen wir unter anderem die Finanzbuchführung, die Erstellung von Bilanzen, alle Bereiche steuerlicher Deklaration aber auch die Abwicklung von Bankgeschäften und des Zahlungsverkehrs. Unsere Erfahrung und Perspektive einer europäischen Genossenschaft sind Hintergrund unserer folgenden Ausführungen.

Die Veränderungen im Finance-, Payment- und Krypto-Bereich betreffen die betriebswirtschaftlichen Prozesse von Unternehmen, insbesondere auch von **kleinen und mittleren Unternehmen** (KMU). In einer zunehmend zersplitterten Zahlungslandschaft mit Banken, Zahlungsdienstleistern, Kontoinformations- und Zahlungsauslösediensten ist eine vollständige, ordnungsgemäße Buchführung für KMU mit vertretbarem Aufwand kaum zu leisten. Die möglichen Nutzenpotenziale, die sich für Unternehmen aus dem digitalen Zahlungsverkehr im Kontext Buchführung, Bilanzen und Steuerdeklaration ergeben, können nicht ausgeschöpft werden. Es bedarf **einheitliche regulatorisch verpflichtende Vorgaben und einheitliche Standards** für alle Akteure, die am Zahlungsprozess beteiligt sind.

Auf die folgenden Aspekte möchten wir uns in unseren Ausführungen fokussieren:

<b><i>Alle Arten von Geldkonstrukten sollten einer gemeinsamen Regelung folgen.....</i></b>	<b><i>3</i></b>
<b><i>KMU müssen bei der Gesetzgebung stärker berücksichtigt werden. ....</i></b>	<b><i>3</i></b>
<b><i>Die Erweiterung des Anwendungsbereichs „Zahlungsdienstleister“ in der PSD2 ist nötig.....</i></b>	<b><i>4</i></b>
<b><i>Offene und einheitliche Schnittstellen und Datenformate zum Informationsaustausch sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Zahlungsverkehr.....</i></b>	<b><i>5</i></b>
<b><i>Es braucht Rahmenbedingungen, damit sich digitale Kontoinformationen durchsetzen.....</i></b>	<b><i>6</i></b>

## Alle Arten von Geldkonstrukten sollten einer gemeinsamen Regelung folgen.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung haben **Krypto-Assets** auch den Zahlungsverkehr verändert. In den Bezahlszenarien des IoT nehmen sie eine wichtige Position ein. Im Moment werden diese digitalen Konstrukte durch die einzelnen Regularien zum Zahlungsverkehr **nur bedingt erfasst**.

Wir halten daher folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Der **Geld-Begriff** muss um die Ausprägungen von Krypto-Assets, Stablecoins und Zahlungsmittel-äquivalenten **erweitert** werden.
- Zusätzlich ist die **Rolle** von sogenannten **Zahlungsmitteläquivalenten zu analysieren**. Oft ermöglicht es die Technik, Produkte mit hybridem Charakter zu entwickeln (z. B. Unternehmensanteile, die einer Firma gegenüber auch als Zahlungsmittel verwendet werden können). Hieraus können neue Anforderungen an die Regulatorik entstehen.

Grundsätzlich sollten alle Arten von **Geldkonstrukten** einer **gemeinsamen Regelung** folgen. Eine Synchronisation von PSD2, EMD2 und AMLD<sup>1</sup> ist auf Basis dieser Erkenntnisse aus unserer Sicht zwingend erforderlich.

## KMU müssen bei der Gesetzgebung stärker berücksichtigt werden.

In einer ganzheitlichen Digital Finance und Retail Payment Strategie<sup>2</sup> sind neben Verbrauchern, auch **KMU** ausreichend **zu berücksichtigen**. Eine lokale Optimierung in der Prozesskette kann zur Verschlechterung des Gesamtprozesses für Unternehmer führen.

**Verpflichtende Datenstandards** für alle Prozessbeteiligte bilden die Basis, um KMU zu einem für sie vertretbaren Aufwand am Nutzen der Digitalisierung teilhaben zu lassen und gleichzeitig weiterhin den Nachweis von steuerlichen Verpflichtungen führen zu können. Der Gesamtprozess umfasst aus Unternehmensicht nicht nur den Erhalt des Betrags und der Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung. Der Unternehmer muss auch den zwischenzeitlich und nachgelagerten Verpflichtungen eines Kaufmanns nachkommen, wie dem Grundsatz „keine Buchung ohne Beleg“ und der Verpflichtung zur Offenlegung des Jahresabschlusses sowie der Bilanzierung. Der **progressive bzw. retrograde Nachweis** von der Entstehung eines Geschäftsvorfalles bis zur aggregierten Darstellung in

---

<sup>1</sup> Zweite Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2); Zweite E-Geld-Richtlinie (EMD2); EU-Geldwäscherichtlinie (AMLD)

<sup>2</sup> Es bedarf einer Definition des Terminus „Retail Payment“. Das vorliegende Positionspapier lehnt sich Retail Payment an die Definition von Retail Banking (KOM (2007) 33 endg.) an und versteht unter „Retail Payment“ alle Dienstleistungen vom klassischen Zahlungsverkehr bis hin zu neueren Entwicklungen wie Wallets. Der Markt hat sich zwischenzeitlich derart ausgestaltet, dass es nun neben Banken auch Zahlungsdienstleister gibt, die Retail Payment Dienstleistungen für dieselben Zielgruppen, also Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen, anbieten.

Jahresabschluss und Steuerdeklaration muss über alle Arten von Geld und Zahlungsdienstleistern hinweg auch in **Zukunft gewährleistet** sein.

Hierbei wird es für Unternehmen, insbesondere KMU, zunehmend essentiell, buchungsrelevante Informationen einfach und schnellstmöglich zur digitalen Weiterverarbeitung in Echtzeit zu erhalten. Die Vielzahl und **Heterogenität der Schnittstellen** am Markt erschwert dies jedoch.

### **Die Erweiterung des Anwendungsbereichs „Zahlungsdienstleister“ in der PSD2 ist nötig.**

Die **PSD2 verpflichtet** derzeit nur **Banken** und bestimmte Zahlungsdienstleister (**4-Parteien-Systeme**). **3-Parteien-Systeme** fallen hingegen nicht unter die Definition des Zahlungsdienstleisters und sind damit **nicht verpflichtet**.

Während bei Zahlungsdienstleistern, deren Geschäftsmodell das 4-Parteien-Modell zugrunde liegt und die deshalb durch die PSD2 reguliert werden, Anstrengungen zur technischen Schnittstellenkonsolidierung unternommen werden, ist eine solche Entwicklung im Bereich der Zahlungsdienste basierend auf dem 3-Parteien-Modell nicht erkennbar.

Damit stehen **nicht** alle für die **ordnungsmäßige Buchführung relevanten Informationen standardisiert zur Verfügung**. So kann z. B. jeder Unternehmer, der einen Zahlungsdienstleister einsetzt, der von der Verpflichtung, Daten per XS2A exportierbar anzubieten, ausgenommen ist, nur bedingt von den Vorteilen des digitalen Datenaustausches profitieren.

Dies trifft KMU besonders hart, da die relativen Kosten für eine individuell nötige Integration dieser Daten in die betriebswirtschaftliche IT-Landschaft oft zu hoch sind.

Die aktuelle Regelung führt zudem dazu, dass von der PSD2 **nicht regulierte Unternehmen Zugriff** auf standardisierte Zahlungsdaten der Banken und der von PSD2 erfassten Zahlungsdienstleister haben. Gleichzeitig haben diese nicht regulierten Unternehmen selbst aber **keine Verpflichtung** zur standardisierten **Offenlegung**. Die **Markt- und Wettbewerbschancen** sind damit **ungleich** verteilt.

Wir halten daher die folgenden zwei Punkte für dringend erforderlich:

- *Den Begriff des Zahlungsdienstleisters in der PSD2 auf **3-Parteien-Systeme** auszuweiten.*
- *Den Begriff des **Zahlungsauslösedienstes** so **allgemein zu formulieren**, dass jede Form der Zahlungsauslösung davon betroffen ist.*

## Offene und einheitliche Schnittstellen und Datenformate zum Informationsaustausch sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Zahlungsverkehr.

Zahlungsdienstleister, die buchungsrelevante Informationen zur Kaufentwicklung verarbeiten, sollten diese auch an die Händler weitergeben. Hierfür ist es notwendig, dass **Informationen**, die bei der Kaufabwicklung entstehen, sowohl einem **Zahlungsauftrag mitgegeben** werden können als auch zwingend bei Erhalt durch den Zahlungsdienstleister in den **Kontoinformationen ausgewiesen** werden müssen.

Grundlegende Voraussetzung für den Datenaustausch ist die **Standardisierung der Schnittstellen**. Im Hinblick auf die PSD2 gibt es eine Vielzahl an Standards, die sich auf die XS2A-Schnittstellen beziehen. Dies führt zu einem erheblichen Umsetzungsaufwand, der insbesondere bei KMU zu nicht tragbaren Kosten führt.

- *Die Berlin Group hat den Quasi-Standard „**NextGenPSD2**“ erarbeitet. Dieser sollte als **verbindlicher Standard** für die XS2A-Schnittstellen übernommen werden.*

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Anbindung externer Partner, die die Schnittstellenhoheit besitzen, sehr aufwändig ist. NextGenPSD2 als EU-weit gültiger Standard bietet die Chance, dass alle Marktteilnehmer eine schnelle und gute Marktabdeckung in der Breite realisieren können.

Um alle Use-Cases des Zahlungsverkehrs in einem Format abdecken zu können, muss der Standard künftig **optionale Felder für Kaufabwicklungen und Zahlungsauslösung** beinhalten.

- *Die EU sollte die **Erweiterung des XS2A-Formats anstoßen und fördern**. Dies betrifft insbesondere Datenfelder für bisherige Zahlvorgänge bei Banken und spezifische Informationen aus E-Commerce bzw. heute nicht von der Regulierung betroffenen Dienstleistern (Bsp.: Einbehalt, Order-ID, Käuferschutz, Transaktionsnummer von Kreditkartenacquirern und SEPA Lastschrift<sup>3</sup>).*

Die Anzahl unterschiedlicher Bezahlverfahren nimmt rasant zu. Unterschiedliche Softwareanbieter decken unterschiedliche Prozesse in Bezahlketten ab. Um ein korrektes Clearing und Settlement zu gewährleisten, ist es nicht zwingend erforderlich, alle steuerlich bzw. kaufmännisch relevanten Daten innerhalb der Prozessketten weiterzugeben. Teilweise erfolgt der Abgleich durch die Weitergabe digitaler Schlüssel (Tokens). Die **nicht weitergegebenen Informationen fehlen** dann aber den betroffenen Unternehmen in ihrer Buchhaltung.

- **Zahlungsauslöser** sollten verpflichtet werden, alle XS2A relevanten Daten an alle **nachgelagerten Zahlungsdienstleister weiterzugeben**.

---

<sup>3</sup> Im Zuge der PSD2, insbesondere der Vorschriften der XS2A-Schnittstelle, wurden KMU und ihre Bedarfe zur Unterstützung ihrer Geschäftsmodelle nicht ausreichend berücksichtigt. XS2A regelt lediglich Überweisungen nicht jedoch **Lastschriften**. Dies führte zu Verschlechterungen im Dienstleistungsangebot der Banken gegenüber KMU, da bis dato etablierte Schnittstellen, die Gut- wie Lastschriften abdeckten, zugunsten der XS2A abgekündigt wurden bzw. werden.

## Es braucht Rahmenbedingungen, damit sich digitale Kontoinformationen durchsetzen.

Banken und Zahlungsdienstleister liefern bereits strukturierte Kontoinformationen digital. In der heutigen Zustellqualität der gelieferten Daten dienen diese lediglich als Erfassungshilfe. Für durchgängig digitale Ende-zu-Ende-Prozesse in der Wirtschaft, also vom Kaufvertrag bis zur Bilanzierung und Offenlegung, ist der **Vorrang von digitalen vor papiergebundenen Kontoauszügen** essentiell.

Die bereits existierenden Kontoinformationen werden überwiegend asynchron zur Verfügung gestellt. Im E-Commerce verhalten sich durchschnittliche Transaktionsvolumina pro Kauf und Durchschnittsbeträge pro Transaktion anders als im stationären Handel. Während die Transaktionsvolumina höher ausfallen, fallen Durchschnittsbeträge deutlich niedriger aus. Bei flächendeckendem Einsatz von SEPA Instant Payments kann diese Entwicklung zusätzlich aufgrund des Echtzeitcharakters Fahrt aufnehmen. Für **KMU** wird somit ein **Liquiditätsmonitor in Echtzeit** unerlässlich, um die Gesundheit des Unternehmens durch einen belastbaren Liquiditätsstatus jederzeit bewerten zu können.

Folgende Punkte sollten bei der Digitalisierung von Kontoinformationen berücksichtigt werden, um KMU in Bezahlprozessen und im Nachkommen ihrer kaufmännischen Verpflichtungen mit Blick auf eine durchgängige und umfassende Digitalisierung zu unterstützen:

- Bestimmte **Datenfelder**, wie etwa die Ausweisung von Salden, sollten in **einem Standard-Datenformat** sichergestellt bzw. neu aufgenommen werden.
- Die **Zustellqualität** der **digitalen Kontoinformationen** (z. B. Vollständigkeit der Umsatzpositionen, lückenlose Bereitstellung) sollte regulatorisch an die der papiergebundenen angepasst werden.
- Banken und Zahlungsdienstleister sollten künftig verpflichtet sein, digitale **Kontoinformationen in Echtzeit** zur Verfügung zu stellen.